



HESSISCHER LANDTAG

31. 10. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Mehr Garagen, weniger Verordnungen: Bürokratieabbau muss man wollen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die geltenden Regelungen für den Garagenbau durch die Hessische Garagenverordnung (GaVO) in vielen Fällen unnötige Bürokratie verursachen, die Planungskosten erhöhen und die Bauzeiten verlängern. Dies zeigt sich beispielsweise in überhöhten Anforderungen an den Brandschutz, die Belüftung oder die Dimensionierung von Zufahrtswegen, die in der Praxis oft unverhältnismäßig sind und Bauherren vor zusätzliche finanzielle und zeitliche Herausforderungen stellen.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Bauherr in der Lage sein muss, eigenverantwortlich und flexibel Garagen zu planen und zu errichten, solange die grundlegenden Sicherheitsanforderungen wie Brandschutz, Belüftung und Verkehrssicherheit eingehalten werden.
3. Der Landtag beschließt daher, die Hessische Garagenverordnung abzuschaffen und stattdessen die Hessische Bauordnung (HBO) um klare Mindeststandards für Garagen zu erweitern. Diese Mindeststandards sollen die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für Brandschutz, Belüftung und Verkehrssicherheit auf einfache und verständliche Weise regeln.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass Bauherren künftig durch standardisierte Leitlinien unterstützt werden, die eine flexible, kostengünstige und sichere Planung ermöglichen, ohne sie durch unnötige Auflagen zu belasten.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Auswirkungen dieser Maßnahmen wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren. Dabei soll besonders geprüft werden, ob die Abschaffung der Garagenverordnung und die Einführung der neuen Regelung zu einer Vereinfachung der Bauprozesse und einer Senkung der Baukosten geführt haben, ohne dabei die Sicherheitsstandards zu gefährden.

Begründung:

Die derzeitige Hessische Garagenverordnung (GaVO) sorgt für eine erhebliche bürokratische Belastung, die unnötige Kosten für Bauherren und Unternehmen verursacht und die Bauprozesse verkompliziert. Beispiele hierfür sind überzogene Anforderungen an den Brandschutz, die Belüftung und die bauliche Gestaltung. Insbesondere bei kleineren Bauvorhaben führen diese Vorschriften zu erheblichen Mehrkosten und Zeitverlusten, ohne einen signifikanten Sicherheitsgewinn zu bieten.

Durch die Abschaffung der Garagenverordnung und die Integration klarer, aber flexibler Mindeststandards in die Hessische Bauordnung (HBO) können Planungsprozesse beschleunigt und die Kosten für Bauherren gesenkt werden. Die Vereinfachung der Bauvorgaben schafft zudem Rechtssicherheit und entlastet die Verwaltung, da Bauherren durch klare Leitlinien unterstützt werden. Im Zweifel bleibt der Bauherr weiterhin in der Nachweispflicht, dass die Mindeststandards eingehalten werden, jedoch entfällt die Notwendigkeit einer vorherigen Genehmigung, was die Prozesse erheblich vereinfacht.

Diese Maßnahmen tragen nicht nur dazu bei, die Baukosten zu reduzieren, sondern werden auch einen positiven Impuls für die Baukonjunktur in Hessen setzen. Geringere Kosten und weniger Bürokratie fördern Investitionen in neue Bauprojekte, was insbesondere in Zeiten stagnierender Baukonjunktur einen dringend benötigten Schub für die Branche darstellen könnte.

Durch die Vereinfachung des Garagenbaus wird zudem der Innovationsfreiraum für Bauherren und Architekten erhöht, ohne dass dabei die Sicherheitsstandards vernachlässigt werden. Eine wissenschaftliche Evaluation soll sicherstellen, dass die Reformen tatsächlich zur Entlastung der Bauwirtschaft beitragen und die angestrebten Ziele erreicht werden.

Wiesbaden, 30. Oktober 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas